

NEIN zum Griechenlandlandpaket!

Unsere Schuldenbremse heißt Millionärssteuer.

In der Nacht zum 13. Februar 2012 beugte sich Griechenlands Regierung dem Druck der Finanzmärkte und stimmte einem weiteren Kürzungspaket zu. Die Bundesregierung hatte zuvor gedroht, bei einer Ablehnung neue Kredite zu blockieren. Interessant ist: Sofort danach stiegen die Kurse von deutschen Banken. Denn wieder einmal haben die Steuerzahler die Gläubiger und Banken gerettet!

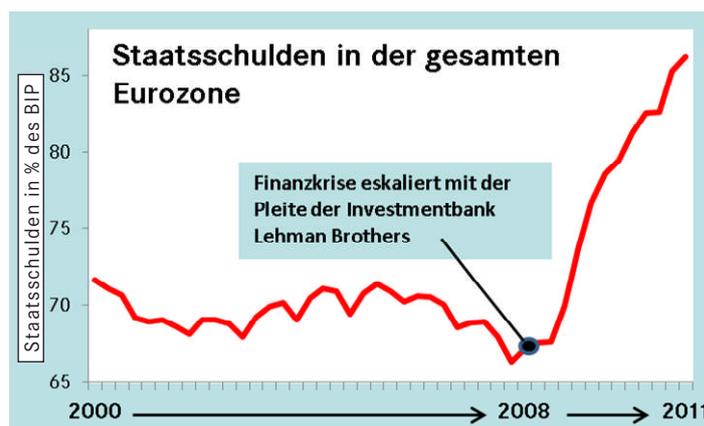
Die Banken gewinnen immer

Die „Griechenlandhilfen“ seit 2010 helfen nur den Finanzakteuren: Rund 81 Prozent dieser „Hilfen“ fließen direkt zurück an die Gläubiger – an griechische und internationale Banken, Versicherungen und Finanzinvestoren. Für das Land sind sie ein Rettungsring aus Blei. Massive Einschnitte in die Sozialsysteme, drastische Lohn- und Rentenkürzungen sowie Massenentlassungen im öffentlichen Dienst bei steigenden Verbrauchssteuern ließen Armut und Arbeitslosigkeit dramatisch ansteigen. Die Wirtschaft soff ab: Seit 2009 brach sie um 15 Prozent ein. Auch 2012 wird sie weiter schrumpfen. Wachstum gibt es nur bei den Schulden, sie betragen heute rund 375 Milliarden Euro.

Staaten aus dem Würgegriff der Kapitalmärkte befreien

Die Krise in der EU ist die Folge neoliberaler Politik. Den Staat kaputtsparen und der Spekulation Tür und Tor öffnen, lautet ihr Credo. Tatsächlich explodierten die Staatsschulden erst nach dem Platzen der Spekulationsblasen 2008 (siehe Grafik), als Bankenrettungspakete aufgelegt und die privaten Milliardenverluste übernommen wurden – aus Steuergeldern versteht sich. Nicht der Staat hat „über seine Verhältnisse gelebt“, sondern Banken haben ihn ruiniert.

Auch diesmal sollen die Steuerzahler Gläubiger und Banken „retten“. Weil nichts aus der Krise gelernt und der Finanzsektor nicht an die Kette gelegt wurde, erpressen die Zocker heute ihre Retter. Sie wetten auf Staatsbankrotte, verdienen an horrenden Kreditzinsen und diktieren brutale Sparprogramme, die die Staaten weiter in die Abhängigkeit führen. Griechenland ist der Modellfall für den Angriff auf Sozialstaatlichkeit und Demokratie in Europa!



Quelle: EZB

Es gibt Alternativen

- DIE LINKE will zur Krisenfinanzierung die Verursacher und Profiteure durch eine Deutschland- und EU-weite Vermögensabgabe und eine Millionärssteuer heranziehen und private Großbanken in die öffentliche Hand überführen.
- DIE LINKE kämpft für eine Finanztransaktionsteuer, dafür dass die Finanzmärkte endlich streng reguliert werden. Die Staatsfinanzierung muss vom Diktat der Finanzmärkte befreit werden. Die Kapitalmärkte und Vermögenden dürfen sich nicht weiter an den Zinsen auf griechische Schulden bereichern. Stattdessen muss die EZB direkt Kredite an Griechenland vergeben.
- Als Alternative zur katastrophalen Sparpolitik fordert DIE LINKE Konjunkturprogramme gegen die Krise und die Stärkung des öffentlichen Sektors. Die Verwendung der Rettungsgelder muss von Europa kontrolliert werden.
- Auch Griechenland muss liefern: Es muss seinen Militäretat drastisch zurückfahren und die Millionen der 2 000 reichsten Familien besteuern, die 80 Prozent des gesamten Vermögens besitzen.

www.linksfraktion.de/eurokrise

